

Die Hilfe der Parteiorganisation im Bezirk Leipzig für die Erfüllung des Kohleprogramms

Das 30. Plenum des ZK behandelte in seiner Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Lage die große Bedeutung der Kohle- und Energieerzeugung in unserer Republik für den weiteren Aufschwung der Volkswirtschaft. Daraus entstanden für den Bezirk Leipzig besondere Aufgaben, da er nach dem Bezirk Halle der größte Braunkohlenlieferant unserer Republik ist. Deshalb beschloß die 6. Bezirksleitungssitzung besondere Maßnahmen zur Steigerung der Kohleproduktion und stellte das Ziel, 1957 im Bezirk Leipzig 300 000 t Brikett und 1 Million t Siebkohle zusätzlich zum Plan zu produzieren. Die Bezirksleitungsmitglieder, die Genossen Wirtschafts- und Staatsfunktionäre und die Betriebsparteiorganisationen wurden im Beschluß zur Lösung der komplizierten ökonomischen Aufgaben zu folgendem verpflichtet: politisch vor den Massen auf treten, um das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Intelligenz zu erhöhen; eine solche massenpolitische Arbeit zu leisten, die die Belegschaften der Braunkohlewerke anspornen, alle Reserven in der Kohleproduktion aufzudecken und auszunutzen; die sozialistische Hilfe von Werk zu Werk verbessern und ständig den Erfahrungsaustausch organisieren.

Den Genossen Abgeordneten und den Genossen im Staatsapparat wurde empfohlen, sich in einer Bezirkstagssitzung damit zu beschäftigen, wie der gesamte Bezirk Leipzig der Braunkohleindustrie helfen kann. Bei der Vorbereitung dieser Bezirkstagssitzung gingen diese Genossen von Anfang an davon aus, daß die Entwicklung und Unterstützung der Kohle- und Energiewirtschaft ohne die breiteste Mitarbeit der Bevölkerung nicht lösbar ist.

Bereits die Ausarbeitung der Perspektivpläne (im Jahre 1956) in den Kreisen und Gemeinden hatte gezeigt, daß ohne eine klare Antwort auf die Frage nach den Perspektiven des sozialistischen Aufbaus die Bevölkerung nur schwer zur Mitarbeit gewonnen werden kann. Ebenso klar war uns, den Genossen Abgeordneten und den Genossen im Staatsapparat, daß die Entwicklungslinie der zentral geleiteten Betriebe bei der Ausarbeitung der Perspektiven für den Bezirk und für die Kreise mit beachtet werden muß, weil diese Betriebe vielfältig auf die Unterstützung der örtlichen Volksvertretungen angewiesen sind und die Ausarbeitung der Pläne ohne die zentrale Wirtschaft Stückwerk bleibt.

Einige unserer Abgeordneten und vor allem unserer Staatsfunktionäre vertraten aber die Meinung, daß der Kampf um mehr Kohle in erster Linie Sache des zuständigen Ministeriums und der zentralgeleiteten Betriebe sei. Deshalb zogen diese Abgeordneten aus der Tatsache, daß der Bezirkstag und die Kreistage für die politisch-ökonomische Entwicklung ihres Territoriums voll verantwortlich sind, nicht immer die richtigen Schlußfolgerungen. Das Büro der Bezirksleitung und die Parteigruppe des Bezirkstags traten des öfteren gegen diese falsche Meinung auf. In Aussprachen innerhalb dieser Parteigruppe und der Parteiorganisationen und Leitungen der wichtigsten Betriebe begann der Kampf um die Erhöhung der Autorität der Abgeordneten. Dabei kam es zur Bildung von Abgeordnetenkabinetten in Großbetrieben. Auf Initiative des Büros der Kreisleitung Borna entstand z. B. in Zusammenarbeit mit der Parteileitung des Betriebes ein Abgeordnetenkabinett im Kombinat Espenhain.

Endgültige Klarheit über die Rolle der Abgeordneten gab es aber erst bei der Diskussion über den „Entwurf des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht“. Hier wurde im § 8 zum ersten Male eindeutig die enge Zusammenarbeit der Volksvertretungen mit den zentral geleiteten volkseigenen Betrieben **und**